Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 1

Artikel: Möglichkeiten der Einheitsfront
Autor: Grimm, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328144

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Möglichkeiten der Einheitsfront.

Von Robert Grimm.

Vor knapp einem halben Jahre hat die kommunistische Parteizentrale der Schweiz das Schlagwort von der proletarischen Einheitsfront unter die Massen geworfen. Die Parole war nicht Eigengewächs. Man hatte sie von der deutschen Zentrale übernommen und hoffte, mit ihr ein politisches Geschäftchen machen zu können. Die Popularisierung folgte alsbald. Mit vielem Fleiß und reichlichem Wortschwall wurde sie in der Presse und in Versammlungen versucht.

Seither ist eine merkliche Abflauung eingetreten. Man ist etwas nüchterner geworden. Erst hielten sich die Kommunisten an Mephisto und wähnten mit ihm:

„Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört,
Es müsse sich dabei doch auch was denken lassen".

merkten aber hinterher, daß es nicht gleichgültig ist, was man bei einem Schlagwort denkt. Das haben sie erfahren, als es galt, die Anträge für den außerordentlichen Kongreß des Gewerkschaftsbundes zu formulieren. Es genügt eben nicht, eine Stunde über die „Bonzen" zu schimpfen und die Schimpfiade in den Ruf nach der Einheitsfront ausklingen zu lassen. Die Einheitsfront, auf die die Arbeiterklasse nicht verzichten kann, wenn anders sie nicht auf den Sieg über ihre kapitalistischen Ausbeuter verzichten will, bedeutet die Schaffung von etwas Neuem: die systematische Weiterführung der bestehenden proletarischen Entwicklung zu einem ganz bestimmten Ziel. Dieses Neue kann nur geschaffen werden, wenn man vom Vorhandenen ausgeht. Vom Vorhandenen ausgehen, heißt das Bestehende und seine Entwicklungsmöglichkeiten erforschen.

Sobald man die Frage von diesem Gesichtspunkte aus behandelt, tritt das Problem in seiner ganzen Weitschichtigkeit hervor. Man weiß dann, wie wenig mit dem Schlagwort allein anzufangen, wie wenig die Einheitsfront zu verwirklichen ist, solange ihre durch die Entwicklung der objektiven Verhältnisse erforderlichen Bedingungen nicht gegeben sind.

Fragen wir zunächst nach den Möglichkeiten der Einheitsfront. Wen soll sie umfassen? Organisierte und Unorganisierte? Welches sind ihre Ziele und ihre Aufgaben?

Eine Organisierte und Unorganisierte umfassende Einheits-

front ist denkbar und möglich in einer ganz bestimmten geschichtlichen Situation: in der Zeit des offenen revolutionären Kampfes. In diesem Kampfe geht es nicht mehr um Lohnforderungen oder um die Arbeitszeitverkürzung, nicht mehr um ein paar Mandate oder um ein armselig Arbeiterschutzgesetzlein. Das Ziel dieses Kampfes, den man sich, vulgär gesprochen, selbstverständlich nicht als einen einmaligen Hosenlupf vorstellen darf, ist der Sturz der herrschenden Klasse. Die Natur des Kampfes ist seine Entwicklung und Erweiterung, die Steigerung von einfachen, an die praktischen sozialen Bedürfnisse anknüpfenden Forderungen des Tages bis zur eigentlichen Hauptforderung: dem Sturz der Regierung und der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat.

In diesem Kampfe erscheint die organisierte, klassenbewußte Arbeiterschaft als Avantgarde. Sie bestimmt Ziel und Richtung des Kampfes. Sie behält die Führung der Massen in den Händen. Die unorganisierten, indifferenten Massen werden mitgerissen und stehen in Reih und Glied mit den organisierten Teilen der Arbeiterklasse. So war es in allen unmittelbar revolutionären Kämpfen, so war es im Novemberstreik 1918 in der Schweiz.

In solchen Situationen wächst die Einheitsfront zwangsläufig aus den sich jagenden Ereignissen heraus. Das Ergebnis ist die Einheitsfront, nicht die Einheitsorganisation im landläufigen Sinne. Die Aktion tritt hier an die Stelle der Organisation. Was als Organisation in solchen Kämpfen neu entsteht, hat mit Formen, Inhalt und Methoden der früheren Organisationen nur wenig gemein. Es sind auf die konkreten Bedürfnisse des Augenblicks zugeschnittene Gebilde, die dann entstehen: Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräte wie 1917 in Rußland, Arbeiter- und Soldatenräte, Fabrikkomitees usw. wie 1918 in Deutschland und in Oesterreich.

Die gleichen Bedingungen, die die Einheitsfront und die Einheitsaktion ermöglichen und zur unvermeidlichen Notwendigkeit gestalten, bestimmen auch die Aufgaben der Einheitsfront. Sie sind beschränkt auf einige nächstliegende Notwendigkeiten. Jeder Uebergang der politischen Macht an eine neue Gesellschaftsklasse ist der Ausdruck einer tiefen inneren Krise und Zerrüttung und zugleich die Verschärfung dieser Krise und dieser Zerrüttung. Das Nächstliegende für die an die Macht gelangte Klasse ist dann die Sorge um die notdürftige Organisation der zerstörten Wirtschaft, der Aufrechterhaltung der Produktion

und der Güterverteilung, der Sicherung des Transport- und Verkehrswesens, weil nur auf dieser Grundlage die neue Macht verankert werden kann.

Für diese Uebergangsaufgaben wird die Einheit der Front und der Aktion relativ leicht aufrechtzuerhalten sein. Anders, wenn es sich später um den eigentlichen Neuaufbau der Gesellschaft handelt. Dann entstehen, je nach der sozialen Gliederung der revolutionären Massen, je nach der wirtschaftlichen Struktur des betreffenden Landes, Meinungsverschiedenheiten, die sich bis zu scharfen und zu den schärfsten Kämpfen innerhalb dieser Massen entwickeln können. Dann aber ist es mit der Einheitsfront vorbei. Sie wird durch Fraktionsbildungen innerhalb der Arbeiterklasse abgelöst und die einzelnen Teile der früheren Volksminorität ringen gegenseitig um die Macht.

Ein Blick auf die realen Verhältnisse der Schweiz beweist, wie weit entfernt wir uns zur Stunde von einer solchen revolutionären Situation befinden. Die kapitalistische Wirtschaft windet sich zwar zurzeit in einer schweren Krise und ist zerrüttet; sie ist aber noch nicht so weit zersetzt, daß aus der heutigen Krise unmittelbar der Sturz der herrschenden Klasse hervorgehen würde. Die herrschende Klasse fühlt sich zurzeit sogar recht stark und das tatsächliche Kräfteverhältnis spricht leider noch immer zu ihren Gunsten. Die zermürbende Wirkung des Krieges, die in andern Ländern den revolutionären Prozeß auslöste und beschleunigte, fehlt in der Schweiz. Politisch bildet die Arbeiterklasse eine schwache Minderheit. Gewerkschaftlich sind die in den letzten Jahren errungenen Positionen in Gefahr. Die rasch angestiegenen Mitgliederzahlen der Verbände gehen unter den verheerenden Wirkungen der Krise zurück. In dem Maße, als diese Entwicklung fortschreitet, gewinnen die Unternehmerverbände an Macht. Sie provozieren und diktieren. Diese Diktatur bleibt keineswegs nur auf das Gebiet des Arbeitsvertrages beschränkt. Sie findet ihren politischen und wirtschaftspolitischen Niederschlag und verschärft jenen Zustand, den wir unter dem Sammelbegriff der allgemeinen Reaktion kennen.

Selbstverständlich kann diese allgemeine Reaktion, geschichtlich betrachtet, kein Dauerzustand sein. Sie kann sich chronisch weiterentwickeln, aber der Umschlag selbst ist unvermeidlich. Er wird und muß als Ergebnis der gesellschaftlichen Widersprüche eintreten, jedoch wird das Tempo viel weniger von propagan-

distischen Schlagworten als von der Rückwirkung der Weltkrise auf die ökonomische Stellung der Schweiz als Teilchen der Weltwirtschaft abhängen.

Diese Zusammenhänge brauchen für die vorliegende Betrachtung nicht weiterverfolgt zu werden. Es genügt die Feststellung, daß jene Bedingungen der revolutionären Situation, aus denen sich die Voraussetzungen einer organisierte wie unorganisierte Arbeiter umfassenden Einheitsfront ergeben, zurzeit in der Schweiz nicht vorhanden sind. Dann scheidet aber auch die erste Frage: die Möglichkeit der Herstellung einer proletarischen Einheitsfront im Sinne der Umfassung alles dessen, was Proletarier heißt, aus dem Kreis der praktischen Verwirklichung vorläufig aus.

Solange die eben erwähnten Bedingungen fehlen, wird die Einheitsfront notwendig nur die organisierten Arbeiter umfassen können. Der Begriff des organisierten Arbeiters ist indes heute nicht mehr der gleiche wie einst. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation ist längst kein Kriterium des Bekenntnisses zum Klassenkampf mehr. Es gibt gelbe und christliche Gewerkschaften, es gibt sogenannte neutrale Angestellten- und Beamtenverbände und es gibt politische Arbeiterorganisationen wie die Grütlivereine, denen das Wesen des Klassenkampfes fremd ist. Diese Organisationen, die bewußt oder unbewußt im Solde der Unternehmer und der Bourgeoisie stehen, kommen für die Basis der Einheitsfront von vorneherein nicht in Betracht. Die Einheitsfront, soweit sie unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt zu verwirklichen ist, kann sich nur auf die vom Geiste des proletarischen Klassenkampfes durchdrungenen Organisation stützen. Ihre Grundlage bildet die Erkenntnis des Klassencharakters der kapitalistischen Gesellschaft und das Bewußtsein, daß dieser Klassencharakter jeglicher Gesellschaft nur durch den proletarischen Klassenkampf überwunden werden kann. Nur die mit solchem geistigen Rüstzeug ausgestatteten Organisationen können eine verläßliche, allen Stürmen trotzende Kampffront gegen den Kapitalismus bilden.

Wir finden diese Erkenntnis und dieses Bewußtsein, trotz der unleugbar vorhandenen Gegensätze, bei den Sozialdemokraten und bei den Kommunisten. Finden wir sie aber auch bei den Gewerkschaften, bei den dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden? Es wäre zuviel gesagt, wollte man die Frage un-

bedingt bejahen. Es gibt im Schweizerischen Gewerkschaftsbund Organisationen, wie etwa ein Teil der Eisenbahner, der Metall- und Uhrenarbeiter im Jura und andere, die keineswegs auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, geschweige denn sozialistischen Grundsätzen huldigen.

Sehen wir indes von diesen Ausnahmen ab. Nehmen wir an, der Gewerkschaftsbund umfasse im allgemeinen die vom Geist des proletarischen Klassenkampfes durchdrungenen Organisationen. Die organisatorische Grundlage der Einheitsfront würde demnach gebildet aus der Sozialdemokratischen Partei, aus der Kommunistischen Partei und aus dem Gewerkschaftsbund. Zweifellos sind die Berührungspunkte dieser proletarischen Parteien und Gewerkschaften mannigfaltig. Man darf jedoch die besonderen Aufgaben dieser Organisationen nicht übersehen. Nur in den seltenen Fällen des gewerkschaftlichen Kampfes werden die politischen Parteien unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen aktiv eingreifen können. Es trifft das zu, wenn der gewerkschaftliche Kampf einen politischen Einschlag erhält und sich vom Kampf gegen das Unternehmertum zum Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen die öffentliche Gewalt entwickelt. Die Häufigkeit dieser Fälle hängt nicht nur von den subjektiven Faktoren, nicht nur vom Willen, von der Taktik der in Frage kommenden Organisationen ab. Die objektive Lage bestimmt letzten Endes den Kampfwillen und die Kampfmöglichkeiten. Nicht jeder Kampf der Gewerkschaften gegen einzelne Teile des Unternehmertums kann zum Kampf gegen seine Gesamtheit oder gegen die öffentliche Gewalt gesteigert werden. Umgekehrt können die Gewerkschaften als Organisationen nicht jederzeit für den politischen Kampf mobilisiert werden. Die Erfahrung lehrt, daß es dabei stets auf die konkreten Ziele und Forderungen ankommt. So wichtig und notwendig es ist, auf die dauernde Verschmelzung der politischen und gewerkschaftlichen Aktionen der Arbeiterklasse hinzuarbeiten, so sehr muß die Tatsache zum Bewußtsein werden, daß diese Verschmelzung heute in vielen Fällen noch ein bloßes Ziel ist, das nur in dem Maße erreicht werden kann, als die Zuspitzung der Klassengegensätze zu dieser Verschmelzung zwingt. Die Besonderheiten der Aufgaben der Parteien und der Gewerkschaften bestimmen auch deren Organisationsformen, Kampfmittel und Kampfmethoden. Die Parteien verlangen von ihren Anhängern das Bekenntnis zu einer bestimmten Welt-

anschauung; die Gewerkschaften begnügen sich mit dem Bekenntnis zum Organisationsstatut, das die Weltanschauung in der Regel nicht berührt. Die Organisationsform der Partei wird bestimmt durch den politischen Verband der Gemeinde und des Staates, die Organisationsform der Gewerkschaften durch die wirtschaftliche Struktur des Gewerbes oder der Industrie. Die Kampfmittel der Partei sind die Agitation, Propaganda, die Demonstration, der Stimmzettel und nur in den Fällen der Verschmelzung der politischen mit der gewerkschaftlichen Aktion der politische Streik. Die Kampfmittel der Gewerkschaften sind Agitation, Propaganda, die praktisch-materiellen Leistungen der Verbände etwa auf dem Gebiete der Versicherung und der sozialen Fürsorge, der Boykott, die Sperre und der Streik. Dabei ist der Streik nur im Großkampf ein den entscheidenden Teil der Gesamtarbeiterklasse im gleichen Moment berührendes Kampfmittel, derweil er in den andern Fällen stets nur einen Teil, manchmal nur eine verschwindende Fraktion des Proletariats unmittelbar trifft. Im politischen Kampf bedeutet die Niederlage immer seltener die Zerrüttung und Zerstörung der Organisation. Im gewerkschaftlichen Kampf, wo der Beteiligte seine ganze Existenz und die seiner Familie einsetzen muß, führt die Niederlage häufig genug zum Mitgliederschwund, ja zur vorübergehenden Vernichtung der mühsam aufgebauten Organisation. Daraus ergibt sich die Verschiedenheit der Methoden. Das Risiko des Kampfes ist mitbestimmend für deren Wahl. Die Möglichkeit, daß der unter lokal aussichtsreichen Bedingungen begonnene Streik den ganzen Verband in Mitleidenschaft ziehen kann, der als Ganzes keine so günstige Kampfbedingungen findet wie die lokale Sektion, zwingt die Gewerkschaften zur Abwägung der Gesamtlage und häufig zur Zurückhaltung, wenn lokal alle Bedingungen zum forschen Draufgehen gegeben wären.

Diese Unterschiede in der Organisation, den Kampfmitteln und Kampfmethoden dürfen bei der Beurteilung der Einheitsfront und ihrer Möglichkeiten nicht außeracht gelassen werden. Sie ziehen der Einheitsfront von vorneherein gewisse Grenzen und beschränken sie dadurch in ihrer Grundlage.

Das aber sind nicht die einzigen Unterschiede, die es zu beachten gilt. Zwischen den politischen Parteien und innerhalb der Gewerkschaften selbst gibt es Gegensätze, die nicht ignoriert werden dürfen.

Voraussetzung der Einheitsfront ist, wie der Name schon andeutet, die Einheit der Auffassung über Ziel und Weg des Kampfes. Ohne diese Einheit, aus der die Einheit des Kampfwillens hervorgeht, keine Einheit der Kampffront. Die Tatsache der Parteispaltung beweist, daß diese Einheit heute nicht vorhanden ist. Zwischen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei herrscht eine tiefe Kluft. Der Gegensatz ist prinzipieller Natur. Er besteht weniger im gesellschaftlichen Ziel, als in den Mitteln und Wegen zur Erreichung dieses Ziels. Die kommunistische Taktik beruht auf einer grundsätzlich andern Auffassung über den Weg der proletarischen Revolution. Diese Taktik hat jenen Glauben zur Grundlage, den Rosa Luxemburg stets und in ihrer heute noch lesenswerten Schrift „Sozialreform oder Revolution?" besonders scharf bekämpft hat, den Glauben an die Macht der „entschlossenen Minderheit". Dieser Glaube ist im anarchistisch-syndikalistischen Ehebett erzeugt worden. Er anerkennt nicht einen bestimmten Reifegrad der ökonomisch-politischen Verhältnisse als Voraussetzung der politischen Machtergreifung durch das Proletariat. Er beruht auf der Annahme, daß der entschlossene Wille einer Minderheit genüge, um die politische Macht den Händen der Bourgeoisie zu entreißen.

Von diesem grundsätzlichen und fundamentalen Unterschied gehen die übrigen Gegensätze zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten aus: die Bewertung des Problems der sozialen Reformen, der täglichen Kleinarbeit, des parlamentarischen Kampfes usw. Diese Gegensätze sind unleugbar. Solange sie aber bestehen, verhindern sie die Bildung der proletarischen Einheitsfront. Nur wenn diese Gegensätze vor dem Einigungswillen zurücktreten würden, wäre die Einheitsfront praktisch zu verwirklichen.

Ein solches Zurücktreten ist vorübergehend, während ganz bestimmter Kampfsituationen, sehr wohl denkbar. Und noch wahrscheinlicher ist es, daß, was heute die mangelnde Einsicht der Arbeiter nicht fertig bringt, die Gewalt- und Machtpolitik der Bourgeoisie herbeiführt. Ob heute schon, jetzt, wo das Schlagwort der Einheitsfront unter die Massen geworfen wurde, das ist die Frage. Jedenfalls müßten die beteiligten Organisationen eine Grundbedingung erfüllen: sie müßten sich verpflichten, von der Mehrheit gefaßte Beschlüsse als für sich unter allen Umständen verbindlich anzuerkennen.

Wie die Kommunisten in dieser Richtung denken, bedarf keiner Erörterung. Bis jetzt behielten sie sich ihre Selbständigkeit durchaus vor. Auf Beschlüsse, die ihnen nicht konvenieren, pfeifen sie. Nun kann dieses Pfeifen mitunter eine recht artige Musik werden, aber zur Einheitsfront paßt sie schlecht. Entweder will man die Einheitsfront, dann hat man sich als ihr Bestandteil dem Ganzen einzuordnen und zu fügen, oder man will die Selbständigkeit des Handelns auch als Bestandteil der Einheitsfront, dann ist die Einheitsfront nicht möglich. Solange die Kommunisten an dieser Selbständigkeit festhalten, bilden sie selber das größte Hindernis der Einheitsfront und darüber vermag kein Wortschwall hinwegzutäuschen.

Aber nicht nur zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten finden wir die Einheitsfront störende Gegensätze. Wir treffen sie auch bei den Gewerkschaften. Mit einem Unterschied freilich. Während die Gegensätze der politischen Parteien des Proletariats auf die Verschiedenheit der theoretischen Auffassung zurückgehen, wachsen sie bei den Gewerkschaften aus den praktischen Verhältnissen heraus. Hier sind die Gegensätze Ausdruck der Verschiedenheit der ökonomischen Struktur. Die Nivellierung der Kampfbedingungen fehlt. Von Industrie zu Industrie, von Gewerbe zu Gewerbe und manchmal wiederum innerhalb jedes Wirtschaftszweiges sind die Verhältnisse verschieden. Von diesen Verschiedenheiten werden die Kampfbedingungen der Gewerkschaften wesentlich bestimmt. Selbstverständlich ist der Kampfwille, der Geist, der die Gewerkschaften beherrscht, nicht minder wichtig, aber diese Faktoren sind nur ein Teil des Gesamtproblems. In der Exportindustrie bestehen andere Kampfbedingungen als in der für den heimischen Markt arbeitenden Industrie. Für die Auslösung von gewerkschaftlichen Kämpfen ist es nicht dasselbe, ob es sich um eine gleichmäßig, das ganze Jahr hindurch beschäftigte Industrie oder um ein Saisongewerbe handelt. In den Staatsbetrieben müssen andere Momente berücksichtigt werden als in den Privatbetrieben.

Diese Verschiedenheiten der wirtschaftlichen Struktur sind die Ursachen jener weitgehenden Autonomie der im Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände. Sie erklären auch, weshalb beispielsweise im Holzarbeiterverbande die eifrigsten Verfechter der Einheitsfront gleichzeitig die schärfsten Bekämpfer der Einheitsorganisation im Baugewerbe sind, soweit der Holzarbeiterverband selber in Frage kommt. Denn auch inner-

halb des mehrere Industrien oder Gewerbe umfassenden gemischten Verbandes zeigt sich jene Verschiedenheit, die wir als zwischen den einzelnen Verbänden bestehend festgestellt haben. Der Metall- und Uhrenarbeiterverband vereinigt neben Arbeitern in Maschinenfabriken und in der Uhrmacherei Spengler, Schlosser, Gemeinde- und Staatsarbeiter usw. Niemand wird die Behauptung wagen, die Kampfbedingungen seien für die Uhrmacher und Metallarbeiter stets günstig, wenn sie es etwa für die Spengler, Schlosser oder Staats- und Gemeindearbeiter sind. Das gleiche trifft für die anderen Verbände zu. Wenn beim Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter die Kampfaussichten für die Bäcker, Metzger oder Brauer günstig sind, so heißt das nicht, daß diese günstigen Aussichten auch für die Chauffeure, für die Gärtner, für die Tabakarbeiter oder für die Handelsangestellten günstig seien. Die ökonomische Struktur jeder Branche bestimmt in weitgehendem Maße die Aktionsmöglichkeiten, das hat neben anderem auch der Abwehrkampf der neuesten Zeit in der Frage des Lohnabbaues bewiesen.

Diese Hinweise und Andeutungen gelten nicht nur für die Einheitsfront. In gewissem Umfange haben sie auch Geltung für die Einheitsorganisation. Weil sich Form und Einrichtungen der Gewerkschaftsorganisationen nach dem Kampfboden gestalten, auf dem sie entstehen, dieser Kampfboden aber nicht überall gleich geartet ist, kann die Ausgleichung von Form und Einrichtungen der Organisationen nur in dem Maße erfolgen, als die Nivellierung der Kampfbedingungen Fortschritte macht, nur in dem Maße, als ihre Verschiedenheit immer mehr verebnet und die gemeinsame wirtschaftliche Lage die Entstehung einer innigen Organisationsgemeinschaft fördert.

Diese Betrachtung der objektiven Verhältnisse führte zu der ablehnenden Antwort, die die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und der Schweizerische Gewerkschaftsbund der Kommunistischen Parteizentrale auf ihre vor ein paar Monaten ergangene Einladung erteilt haben. Mit dieser Antwort aber hätte es besonders für den Gewerkschaftsbund sein Bewenden nicht haben dürfen. Aus zwei Gründen nicht.

Einmal war das Problem gestellt. In den Massen der Arbeiter lebt der Wille zum möglichst geschlossenen Aufmarsch gegen das Unternehmertum. Die Frontalangriffe der Unternehmer in den Fragen des Lohnabbaues und der Verkürzung der Arbeitszeit haben diesen Willen gefördert. Mit oder ohne dem

Schlagwort der Kommunistischen Zentrale wäre das Problem in den Vordergrund getreten. Nachdem aber das Problem in der Verkleidung des Schlagwortes zur Diskussion gestellt wurde, hätte man sich eingehender mit der Frage beschäftigen müssen. Man hat vielleicht zu sehr auf das eine Schlagwort mit einem andern Schlagwort geantwortet und den kommunistischen Popanz aufmarschieren lassen. Das ist eine Methode. Aber die Methode war falsch. Das eine Schlagwort stiftet so viel Verwirrung und Unheil wie das andere. Ein Schlagwort bekämpft man am erfolgreichsten mit sachlicher Aufklärung, indem man den Dingen auf den Grund geht. Das mag in ein paar Referaten da und dort versucht worden sein, eine gründliche Behandlung des Gegenstandes fanden wir in der Gewerkschaftspresse nicht. Und doch hätte nur eine solche Behandlung, deren Durchführung in der Gewerkschaftspresse und von Praktikern des Gewerkschaftskampfes unternommen, vielmehr ins Einzelne gehend hätte bewerkstelligt werden können als in dieser Zeitschrift, die nötige Abklärung gebracht.

Der Gewerkschaftsbund hätte in der Diskussion des so überaus wichtigen Problems die Initiative ergreifen müssen. Er hätte sich nicht förmlich die Einberufung des außerordentlichen Kongresses abpressen lassen dürfen. Dazu lag um so weniger Grund vor, als in der Sache selbst die feste, ruhige Vertretung des prinzipiellen Standpunktes von Anfang an die Kommunisten ins Unrecht versetzt und der Arbeiterschaft die Möglichkeiten der Einheitsfront gezeigt hätte. Statt dessen lieferte man durch die Ablehnung des außerordentlichen Kongresses, zu dessen Einberufung man sich hinterher doch bequemen mußte, den Kommunisten Waffen in die Hände und begünstigte wider Willen ihre Absicht, die Diskussion auf ein Nebengeleise zu schieben und einer Erörterung des Grundproblems aus dem Wege zu gehen.

Der zweite Grund, der für die selbständige Behandlung der Frage, unabhängig von dem Geschrei der Kommunisten, spricht, liegt in der Stellung der Gewerkschaften gegenüber den Krisenerscheinungen. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung ist nicht eine gleichmäßige. Je nach der wirtschaftlichen Lage tritt die eine oder andere Tendenz des proletarischen Kampfes stärker in den Vordergrund. In Krisenzeiten ist die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gelähmt. Sie vermögen nicht das gleiche Maß des Widerstandes aufzubringen wie in der Zeit der wirt-

schaftlichen Hochkonjunktur. Das Schwergewicht der Arbeiterbewegung neigt dann wieder mehr dem politischen Kampfgebiet zu. Da die einzelnen Verbände in ihrer Angriffskraft geschwächt sind, entsteht das Bedürfnis, die Schwäche der einzelnen Organisationen durch die Stärke ihrer Gesamtheit zu ersetzen. Das ist aber nur dort möglich, wo die Kampfbedingungen annähernd die gleichen sind. Daß diese Gleichheit für die Gewerkschaften heute nicht besteht, sahen wir bereits. Daher das Scheitern der Bemühungen, in den Fragen des Lohnabbaues und der Verlängerung der Arbeitszeit die Einheitsfront der Aktion, nicht nur die Einheitsfront der gemeinsamen Idee herzustellen.

Aber jede Krise von längerer Dauer wirft auch stets wieder Fragen auf, die eine gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse ermöglichen, sofern man sich unter diesem Begriff nicht gerade die Revolution im Heugabelsinne des Wortes vorstellt. Gerade weil auf dem eigentlichen Kampfgebiet der Gewerkschaften zurzeit nur geringe Erfolge zu holen sind und man froh darüber sein muß, wenn es gelingt, errungene Positionen zu halten, hätte der Gewerkschaftsbund im eigenen Interesse die Initiative zur Behandlung der Frage der Einheitsfront an einem außerordentlichen Kongreß ergreifen und alles tun müssen, was die Verschmelzung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu einheitlichen Aktionen fördert.

Daß diese Aktionen heute nicht den Charakter haben können, der ihnen nach der Meinung vieler Kommunisten und jener Arbeiter zukommen soll, denen das Schlagwort Evangelium ist, versteht sich am Rande. Auch die Frage des Lohnabbaues und der Verlängerung der Arbeitszeit, sofern es sich um gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen handelt, kommt hier nicht in Betracht. Wenn der einzelne Verband sich zu schwach fühlt, um den Anschlägen des Unternehmertums zu widerstehen, weil die Mitglieder davon laufen und die Unternehmer froh darüber sind, jeden Streik zur „Säuberung der Betriebe" als Vorwand benützen zu können, vermag auch die gemeinschaftliche Aktion der so geschwächten Verbände kein günstigeres Resultat zu erzielen. Indem man mehrere Kranke vereinigt, werden aus ihnen noch keine Gesunde. Objekt der gemeinschaftlichen Aktionen, also der Aktion der Einheitsfront, können in der Regel nur solche Forderungen werden, die aus dem engen Rahmen des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmer heraustreten. Das sind jene Forderungen, die sich gegen den

Klassenstaat oder gegen die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Allgemeinheit richten und nicht nur gegen einzelne Teile des Unternehmertums. Dahin gehören die allgemeinen Forderungen in der Arbeitslosenfrage, in den Fragen der Steuerpolitik, der Zollpolitik, der Staatsmonopole, der Handelspolitik (Beziehungen zu Sovietrußland), dahin gehören die Fragen des allgemeinen Arbeiterschutzes, eingeschlossen die Frage der Arbeitszeit, soweit diese Fragen Gegenstand der staatlichen Gesetzgebung bilden und es sich um deren Erweiterung oder um die Abwehr ihrer Verschlechterung handelt.

Es liegt nicht im Rahmen dieses Aufsatzes, ein detailliertes Programm von Forderungen zu entwerfen. Ein solches Programm allein würde auch nicht genügen. Man müßte ebenfalls die anzuwendenden Kampfmittel umschreiben, deren Anwendung indes wiederum von der gegebenen Situation abhängt. Wesentlich ist der Hinweis auf die objektiven Grundlagen und die Möglichkeiten der Einheitsfront. Ist diese Grundlage einmal erkannt, so ergeben sich Forderungen und Kampfmittel ohne sonderliche Mühe. Sie werden freilich nicht so himmelstürmend und gigantisch aussehen, wie man sich das da und dort vorstellt. Aber dann vermag sich die Kraft der Arbeiterklasse in einer einheitlichen Aktion zu entfalten, weil sie sich beschränkt auf Aufgaben, die auf Grund der gegebenen Bedingungen praktisch durchführbar sind. Diese Durchführbarkeit setzt voraus, daß die Kampfziele so formuliert und die Kampfmittel so bestimmt werden, daß sie nicht bloß einen verhältnismäßig kleinen Teil der organisierten Arbeiterklasse interessieren. Mit anderen Worten: die Einheitsfront ist praktisch nur insoweit möglich, als die durch sie zu verwirklichenden Forderungen dem allgemeinen Bedürfnis der Arbeitermassen entsprechen und die der tatsächlichen Macht der Arbeiterklasse entsprechenden Kampfmittel zur Anwendung kommen.

Jede über diese Grenzen hinausgehende Einheitsfront ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie überhaupt zustande kommt. Das haben in ihrer Gegenüberstellung der Novemberstreik 1918 und der Auguststreik 1919 bewiesen. Im Jahre 1918 war die Einheitsfront praktisch möglich, weil die Forderungen wie die Kampfmittel stets dem allgemeinen Bedürfnis und der tatsächlichen Macht der Arbeiterklasse angepaßt wurden. Der Auguststreik 1919 konnte über die lokalen Grenzen

nicht hinauskommen, weil er auf diese Bedürfnisse und diese Machtverhältnisse keine oder nicht genügende Rücksicht nahm. Eine Aktion aber, die diese Voraussetzungen mißachtet, ist nicht nur in sich selbst dem Zusammenbruch geweiht, sie stellt sich der Errichtung der Einheitsfront direkt entgegen, indem ihre praktischen Wirkungen zur Zersplitterung, nicht zur Einigung der proletarischen Kräfte führen.

Aber nicht minder zersplitternd und damit die Interessen der Arbeiterklasse schädigend wirkt die Taktik, die vorhandenen Kampfmöglichkeiten ausweichen will. Hier liegt der Fehler jener Genossen, die das Problem überhaupt ausschalten möchten, nachdem sie erkannt haben, daß es in der Form, wie es die Kommunisten vorschlagen, nicht zu lösen ist.

Aufgabe des sozialdemokratischen Parteitages wie des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses müßte es sein, hier klar abzugrenzen und mit aller Kraft dort für die Einheitsfront einzutreten, wo ihre Bedingungen tatsächlich gegeben sind.

Die III. Internationale und die italienische sozialistische Partei.

von Gustavo Sacerdote.

Mailand, Ende August 1921.

Es ist nicht leicht, über das Verhältnis der III. Kommunistischen Internationale zur Italienischen Sozialistischen Partei zu schreiben. Zu groß sind die Entfernungen, im Raum ebenso wie in den Geistern; zu schwerverständlich, ja man könnte beinahe sagen, zu unverständlich sind manchmal die Methoden, die Worte, die Taten.

Vor einigen Tagen sind die Genossen Lazzari, Maffi, Riboldi aus Moskau zurückgekehrt, wo sie die Italienische Sozialistische Partei auf dem dritten Kongreß vertreten haben, und alle drei haben in privaten Gesprächen wie in ihrem offiziellen Bericht an die Parteileitung, ebenso wie in öffentlichen Parteiversammlungen die Versicherung gegeben, daß sie durch die russischen Genossen aufs freundlichste, aufs brüderlichste aufgenommen worden seien, daß besonders Lenin sich ihnen gegenüber mit der größten Zuversicht, mit der wärmsten Kameradschaft, mit der höchsten Achtung geäußert habe. Gestern aber erschien im Ordine Nuovo — dem Turiner Organ der italienischen Kommunisten — das Manifest der Moskauer Exe-